Bezugsgebühr:
Vierteljährlich für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung durch unsere Boten mittags und morgens, an Sonn- und Montagen nur einmal 2 Mk. 50 Pf., durch auswärtige Kommissionäre 3 Mk. bez. 3 Mk. 50 Pf. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. ohne Bestellgeld, im Ausland mit entsprechendem Aufschlage. Nachdruck aller Artikel u. Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche können unberücksichtigt bleiben, unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 30 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile auf Textseite 50 Pfg., als Eingesandt Zeile 60 Pfg. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1spaltige Grundzeile 30 Pfg., auf Privatseite 40 Pfg., 2spaltige Zeile auf Textseite und als Eingesandt 60 Pfg. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter kosten 10 Pfennige.

Fernsprecher: Nr. 11 und 2006.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38.

Der Detail-Verkauf der Damenhut-Fabrik **J. M. Korschatz,** Hoflieferant Altmarkt 6
bietet in geschmackvoller Ausführung ungarnierte und garnierte Hüte nach eigenen, sowie Pariser, Londoner und Wiener Modellen.

Gegen üblen Mundgeruch
Zahnkarien, entzündliche Zustände des Zahnfleisches, empfiehlt sich der Gebrauch von **Lysoform-Kalichloricum-Zahnpaste** in Tuben zu 75 Pfg. Versand nach auswärts. Nur echt mit Schutzmarke „Mutter Anna".
Königl. Hofapotheke, Dresden, Georgentor.

Wettin-Gartenschläuche
sind die besten.
Gummi- und Asbest-Compagnie
Reinhard Stichler & Böttger
Telefon I. 1261. Wettinerstr. 16, nächst dem Neuen.

Hochzeits- und Fest-Geschenke
Echt Norwegischen Schmuck ✱ Kolliers ✱ Broschen etc.
Friedrich Pachtmann
Schloss-Str. **Schloss-Str.**

Regenschirme in grösster Auswahl empfiehlt **C. A. Petschke, Wilsdruffer Strasse 17,** Prager Strasse 47 Amalienstrasse 8.

Nr. 114. Spiegel: Die engl. auswärtige Politik. Konkursgericht u. Gläubigerausschuß. Metallarbeiterbewegung. Gerichtsverhandl. Oesterreichische Wahlreform. Rede Guicciardinis. Phonola-Soirée. Lotterie.

Mutmaßl. Witterung: **Kühl, vielfach heiter.**

Freitag, 27. April 1906.

Die englische auswärtige Politik

ist seit einiger Zeit in lebhafter Geschäftigkeit, an der besonders auffällt, daß die Person König Eduards dabei merklich in den Vordergrund tritt. Eduard VII. hat sich überhaupt mehr und mehr bemüht, selbständigen Einfluß auf die Gestaltung der auswärtigen Beziehungen seines Landes auszuüben, und die Art, wie er sich in der Delcassé-Angelegenheit bei der Anbahnung des englisch-französischen Einvernehmens betätigte, ließ zum erstenmal einen praktischen Erfolg seiner persönlichen Machtbestrebungen erkennen, wie man ihn in dem klassischen Lande des Parlamentarismus und des Scheinkönigtums früher kaum für möglich gehalten hätte. Gegenwärtig erfordert die Auslandreise des britischen Staatsoberhauptes im Zusammenhange mit der allgemeinen politischen Lage in weiteren Kreisen Beachtung. Für Ende April ist der Besuch des Königs in Mailand zur Ausstellung angekündigt. Der Träger der britischen Krone wird also in einer Zeit, die von den Erörterungen über die Stellung Italiens im Dreibunde aus Anlaß der von Eduard VII. selbst geschaffenen „Allianz der Westmächte" voll ist, italienischen Boden berühren, während die Offiziösen des mit Italien verbündeten Deutschen Reiches gegen eine schwere Verunglimpfung Kaiser Wilhelms II. durch ein Mailänder Blatt Front machen und erklären mußten, der Kaiser habe niemals die Absicht gehegt, die Mailänder Ausstellung mit seiner Anwesenheit zu beehren. Derartige Tatsachen reden eine Sprache, deren moralischer Eindruck in deutschen Landen durch die amtlichen und halbamtlichen Beschwichtigungsversuche, in denen sich die leitenden römischen Kreise neuerdings gefallen haben, nicht verwischt werden kann.

Bis gestern hat König Eduard in Athen geweilt, und es ist bezeichnend, daß in einer Konstantinopeler Zuschrift an die über türkische Verhältnisse und Stimmungen gut unterrichtete „Frankf. Ztg." bemerkt wird, der Aufenthalt des englischen Königs in der Hauptstadt Griechenlands werde am Bosporus kritisch und nicht ohne starkes Unbehagen erörtert, weil man „nicht mit Unrecht" in der Gegenwart König Eduards bei den olympischen Spielen eine für die griechische Stellung wesentliche moralische Stärkung erblicke, deren Rückwirkung sich nur zu leicht in Makedonien fühlbar machen könne. Dieser Eindruck werde noch dadurch verstärkt, daß der zuerst halb und halb in Aussicht gestellte Besuch des Königs beim Sultan Abdul Hamid unterblieben sei. Das ist gewiß richtig, aber es heißt doch die Dinge von einer viel zu niedrigen Warte aus betrachten, wenn man am Bosporus sich bloß wegen der griechisch-makedonischen Angelegenheiten besorgt zeigt. Viel symptomatischer noch ist die mit der Anwesenheit König Eduards in Athen zusammenfallende aggressive Haltung der englischen Politik in Akaba im Norden des Roten Meeres, das von England plötzlich als ägyptischer Besitz in Anspruch genommen wird, während es bisher nach der von der Pforte vertretenen Auffassung als arabisch-türkischer Gebietsteil unter der Oberhoheit des Sultans gestanden hatte. Aus Kairo wird gemeldet, daß die Lage infolge dieses Grenzkonfliktes ein sehr gespanntes Aussehen erhalten habe. Die zuerst formell vorgeschobene ägyptische Regierung ist bereits ganz in den Hintergrund gedrängt worden und die weiteren Verhandlungen werden zwischen England und der Pforte allein geführt.

Das englische Vorgehen gegen Akaba ist nicht als Einzelerscheinung zu beurteilen, sondern bildet einen Teil des groß angelegten Planes, der dem britischen Weltreiche den Landweg nach Indien sichern soll. Akaba soll im Norden Arabiens für England das sein, was es im Süden bereits an Aden besitzt. Den jetzigen Zeitpunkt zum Zugriffe auf Akaba hat England deshalb gewählt, weil in Yemen die südarabischen Stämme in heftigem, anscheinend erfolgreichem Kampfe gegen die türkische Herrschaft begriffen sind. Siegen die aufständischen Stämme, so steigen für die Engländer die Aussichten, bis nach Mekka, der Hochburg des Mohammedanismus, vorzudringen und auf der ganzen Linie von Norden bis Süden ihren Einfluß an die Stelle des jetzigen türkischen zu setzen. Vervollständigt wird das Bild der englischen Absichten in jenen zukunftsreichen Gegenden durch den gleichzeitig ausgebrochenen türkisch-persischen Grenzkonflikt am Persischen Golf, bei dem die englische Diplomatie schleunigst in Gemeinschaft mit Rußland auf den Plan getreten ist, um „vermittelnd", d. h. natürlich im Sinne der Förderung der britischen Sonderinteressen, einzugreifen. Endlich ist in diesem Zusammenhange noch das englische Vordringen in Abessinien beachtenswert, wo sich England mit Frankreich in die zu erbauenden Eisenbahnlinien brüderlich geteilt hat, unter Hinwerfung eines Brockens an Italien in Gestalt des Durchfahrtsrechtes für Truppen auf den englisch-französischen Bahnen, während von Deutschland bei alledem gar keine Rede ist.

Für die **deutschen Interessen** ist das englische Vorrücken auf dem bezeichneten Wege vor allem wegen unserer Stellung in **Kleinasien** bedrohlich. Unsere dortigen wirtschaftlichen Beziehungen haben zumal in der letzten Zeit durch den Bau der Bagdadbahn erhebliche Ausdehnung gewonnen, und wir werden deshalb von den Engländern, die sich in ihrer Vorherrschaft am Persischen Golfe bedroht fühlen, mit mißgünstigen Augen betrachtet. Wir dürfen uns deshalb auch nicht darüber täuschen, daß die Engländer die von ihnen erstrebte Befestigung ihrer Stellung in Arabien alsbald dazu benutzen würden, um uns in Kleinasien ein Paroli zu biegen. Die englische Rechnung, wie sie hier aufgemacht ist, litt bislang nur an einem wesentlichen Fehler, nämlich an der Nichtberücksichtigung des russischen Einflusses in jenen Gegenden. Während die bisherige großbritannische Politik ausschließlich darauf bedacht war, sich auf den Entscheidungskampf mit Rußland vorzubereiten, um durch völlige Ausschaltung Rußlands im Falle des Obsiegens Englands das britische Interesse zum allein ausschlaggebenden zu machen, hat nunmehr König Eduard einen ganz neuen Weg betreten. Er erkennt jenen Fehler an und will ihn dadurch in Zukunft wettmachen, daß er dem russischen Einfluß in der Weltpolitik ebenfalls seinen Platz an der Sonne gönnt und zu dem Zwecke einen Ausgleich des russisch-englischen Gegensatzes in Asien herbeiführen hilft.

Die letzte großzügige Maßnahme, die von der britischen Diplomatie getroffen wurde, um das Ziel der völligen Niederwerfung Rußlands zu erreichen, war das Bündnis mit Japan vom Jahre 1902. Inzwischen hat aber der Verlauf der Ereignisse in und nach dem russisch-japanischen Kriege den einsichtigen Engländern die Lehre gegeben, daß eine zu starke Schwächung Rußlands nicht im wirklichen Interesse Englands liegt, weil dadurch am letzten Ende nur die Herrschsucht der gelben Rasse gefördert werden würde. Insbesondere ist **König Eduard** derjenige gewesen, der einen früher oder später eintretenden direkten Widerstreit der englisch-japanischen Interessen zuerst scharf ins Auge gefaßt und daraus die praktische Schlußfolgerung gezogen hat, daß die wahren und zuverlässigen Garantien für die Aufrechterhaltung des englischen Besitzstandes in ganz Asien nicht durch ein papiernes Bündnis mit Japan, sondern nur durch eine allgemeine und dauernde **Verständigung mit Rußland** hergestellt werden können. Aus dieser Erkenntnis entfließen die persönlichen Bemühungen König Eduards zur Herbeiführung eines englisch-russischen Ausgleichs. Wie weit die Absichten des Königs bereits praktischen Erfolg erzielt haben, erhellt aus einer den „Hamb. Nachr." aus London von unterrichteter Seite zugehenden Betrachtung, in der es heißt: „Es ist ganz fraglos, daß das Nachlassen der Spannung zwischen beiden Regierungen und Völkern weitere erhebliche Fortschritte gemacht hat, sodaß von einer Spannung überhaupt nur noch in bedingter Weise die Rede sein kann. Der Umschwung in der Schätzung Rußlands ist in verblüffend schnellem Tempo vor sich gegangen. Man lese jetzt die englischen Blätterstimmen nach der Schlacht bei Mukden, von den Auslassungen nach dem letzten Seesiege Japans gar nicht zu reden. Man vergleiche damit die Artikel der Presse von heute. Die Industrie und Finanz Englands stehen zur Aktion bezüglich der gewaltigen Ressourcen Rußlands bereit, um mit die ersten zu sein, sobald die innere Krisis überwunden sein wird. Auf russischer Seite ist keine Abneigung mehr vorhanden, zu einer Verständigung zu gelangen."

Die englische Diplomatie hat ihre internationalen Richtscheite nach den königlichen Intentionen eingestellt und ist an allen Punkten, wie der Augenschein lehrt, bemüht, die Absichten Eduards VII. zu verwirklichen. Für Deutschland liegen die weltpolitischen Hemmungen und Nachteile, die sich aus einer auf deutsche Kosten vollzogenen vollen Verständigung zwischen England und Rußland ergeben würden, auf der Hand. Unsere Diplomatie wird dahin bestrebt sein müssen, das gute Verhältnis zu Rußland nach wie vor auf das sorgfältigste zu pflegen, um auch den letzten Rest der jüngsten Verstimmung zu beseitigen, natürlich nur unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß dabei die Ehre und Würde des Reiches gewahrt bleibt. England wird um so weniger geneigt sein, den wirtschaftlichen Konkurrenzkampf mit Deutschland in der Weltpolitik zu einem offenen Konflikt zuzuspitzen, je fester das Einvernehmen zwischen Deutschland und Rußland ist, während es seinerseits alles daransetzen wird, um der Verständigung mit Rußland eine gegen Deutschland gerichtete Spitze zu geben. Es kann hier für unsere Diplomatie harte Arbeit geben, die noch weit härter zu werden droht als diejenige, die bei den Delcasséschen Zettelungen in Frage kam.

Neueste Drahtmeldungen vom 26. April.

Deutscher Reichstag.

Berlin, (Priv.-Tel.) Am Bundesratstische die Staatssekretäre Graf Posadowsky und Freiherr v. Stengel. Auf der Tagesordnung: die **Diäten-Vorlage** und die damit in Verbindung stehende Vorlage wegen Abänderung der Artikel 32 und 28 der Reichsverfassung. — Abg. **Singer** (Soz.) bezeichnet die Vorlage als eine Verhöhnung des Parlaments. Mit der Abänderung des Artikels 28 der Verfassung wolle man offenbar lediglich die Opposition mundtot, die Minderheit wehrlos machen. Würde der Reichstag diese Vorlage annehmen, so würde er sich damit außerhalb der Reihe der Parlamente der Kulturstaaten stellen. Und das fordere die Regierung als Preis für die Diäten! (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Die Verfassung behalte dem Reichstage ausdrücklich die Selbstbestimmung über seinen Geschäftsgang vor, und der Reichstag müsse an diesem seinen Rechte festhalten. Das erfordere seine Würde. Die Bestimmung wegen Abänderung des Artikels 28 müsse der Reichstag ohne weiteres als undiskutierbar zurückweisen. An der Entschädigungs-Vorlage bemängelt Redner dann namentlich die beschränkte Gültigkeit der Freifahrtkarten. Auch da liege eine Behandlung der Abgeordneten vor, wie sie eben nur in Deutschland möglich sei, eine Behandlung, die sich anständige Menschen einfach nicht gefallen lassen könnten. (Lebhafter Beifall links.) Auch die Art der Diätenzahlung, in Raten, gleichsam als Wohltat für ein der Regierung angenehmes Verhalten der Abgeordneten, die Bestrafung durch Abzüge von 30 Mk., während die Diäten pro Tag sich nur auf 20 Mk. berechnen, seien unannehmbare Zumutungen. Die Regierung sei außerordentlich schlecht beraten gewesen, als sie eine solche Vorlage einbrachte, die lediglich auf Brüskierung des Reichstags hinauslaufe. Das sei überhaupt keine Manier, in solcher Weise mit Abgeordneten umzugehen. Vertreter der Regierungen mögen sich von ihren Vorgesetzten Vorschriften machen lassen, Abgeordnete seien aber Vertreter des Volkes und müßten sich solche Schuljungen-Kontrolle verbitten. (Beifall links.) — Abg. **von Richthofen** (kons.) verweist darauf, daß die Verfassung ja schon im Artikel 28 Bestimmungen über den Geschäftsgang enthalte. Wenn man nun diesen Artikel ändere, so könne er das nicht als für den Reichstag entwürdigend ansehen. Er müsse aber doch erklären, daß auch seine Freunde die Vorlagen in dieser Gestalt nicht annehmen würden. Die Bedenken seiner Freunde richteten sich im wesentlichen gegen die Aenderung des Artikels 32. Ein großer Teil seiner Freunde wünschte nach wie vor Diätenlosigkeit. Auch dieser Teil sei allerdings bereit, an einer Verbesserung der Vorlage mitzuwirken. Aber der hier eingeschlagene Weg, wie die Diäten gezahlt werden sollen, werde von allen seinen Freunden gemißbilligt. Die Frage der Doppelmandate sei in einer Weise geregelt, die in die Rechte der Einzelstaaten eingreife. Man müsse es da den Einzelstaaten selber überlassen, das Richtige zu treffen. Dazu komme, daß gewissermaßen eine Doppel-Präsenz-Kontrolle vorgesehen sei, nämlich neben der Eintragung in die Präsenzliste noch die Teilnahme an der namentlichen Abstimmung. Ueberhaupt sollte man die Ausführungsmaßnahmen dem Präsidenten überlassen. (Sehr richtig!) — Staatssekretär Graf **Posadowsky** erwidert, daß die Diätenlosigkeit allmählich unhaltbar geworden sei. Der Absentismus habe eine bedenkliche Wirkung auf den Wert unserer Gesetzgebung, insbesondere auch wegen des fortgesetzten Wechsels in der Zusammensetzung der Kommissionen. Die Continuität der Verhandlungen in Kommission und Plenum leide darunter, viele Fehler in Gesetzen seien davon die Folge gewesen. Weiter aber bedinge die Diätenlosigkeit eine offensichtliche Benachteiligung der süddeutschen Abgeordneten in bezug auf Teilnahme an den Reichstagsverhandlungen. Deshalb seien die Regierungen trotz schwerer Bedenken den Wünschen des Reichstags nach Diäten entgegengekommen. Aber die Regierungen seien der Ansicht, daß gleichzeitig Sorge getragen werden müsse, daß die Beschlußfähigkeit des Hauses auch wirklich sichergestellt werde. Und von dieser ihrer Auffassung würden sich die verbündeten Regierungen unter keinen Umständen abbringen lassen. (Hört, hört!) Singer habe vorhin die verbündeten Regierungen scharf angegriffen, dergestalt, daß, wenn er selbst ebenso oder ähnlich sich gegen dieses Haus äußern würde, ihm sicher erklärt werden würde, er vergesse ganz, daß der Reichstag und die Regierungen gleichberechtigte Faktoren seien. (Rufe links: Der Angriff Singers galt der Vorlage!) Immer Ruhe, meine Herren! (Heiterkeit.) Herr Singer nennt die Vorlage eine Gehässigkeit gegen den Reichstag. (Rufe: Sehr richtig.) Nein, meine Herren! Wir sind bei dieser Vorlage nicht als Solosänger aufgetreten, sondern nur den Erfahrungen in anderen Ländern gefolgt. In anderen Ländern gibt es viel rigorosere Bestimmungen. In Amerika z. B. können die Abgeordneten sogar verhaftet werden (Heiterkeit), sie können gezwungen werden, den Sitzungen beizuwohnen. In England ferner haben Sie ein Minimum von Beschlußfähigkeitsziffer. Sie wollen dem Reichstage das Recht erhalten wissen, sich seine Geschäftsordnung selber zu geben; aber die Geschäftsordnung beruht auch nur auf der Reichsverfassung. Wir wollen verhindern, daß über nebensächliche Fragen sich endlose Geschäftsordnungsdebatten entspinnen. Der Weg, den wir vorschlagen, halten wir für den einfachsten und würdigsten. (Lachen.) Die verbündeten Regierungen werden eine Vorlage nicht akzeptieren, aus schwerwiegenden politischen Gründen, die an den Grundlagen dieser Vorlagen rüttelt. Abg. **Spahn** (Zentr.) bemerkt dem Abg. Singer gegenüber, daß der Reichstag selbst schon bei früheren Gelegenheiten Herabsetzung der Beschlußfähigkeitsziffer in Erwägung gezogen habe. Redner ist übrigens überzeugt, daß, wenn der Reichstag die Aenderung des Artikels 28 ablehne, der Bundesrat daraus keine Schwierigkeiten machen und das Gesetz nicht daran scheitern lassen werde, da der Reichstag bei Gewährung von Diäten ja ohnehin beschlußfähiger sein werde; aber wenn der Reichstag selbst auf dem Standpunkt stehe, daß es darauf ankomme, für Beschlußfähigkeit zu sorgen, so könne in der Annahme des Artikels 28 kein Schaden für die Würde des Hauses gefunden werden. Der Unterschied von 20 und 30 Mark in der Präsenzgelder-Vorlage werde jedenfalls aus der Vorlage herausgebracht und einfach überall „30 Mark" gesagt werden müssen. (Beifall.) Anwesenheitsgelder zu gewähren, wie der Reichstag das doch selber gewünscht habe, sei selbstverständlich unmöglich, ohne daß eine Kontrolle ausgeübt werde. Für Erkrankungsfälle lasse sich vielleicht in der Kommission Milderung schaffen. Die Gewährung der Diäten, so schließt Redner, bildet eine Ergänzung und Befestigung des Wahlrechts, und dafür sollten wir dankbar sein, und auch das Land wird dafür dankbar sein; denn die Wähler kommen durch die Diäten in die Lage, zu Abgeordneten Männer zu wählen, bei deren Auswahl sie nicht auf die äußeren Verhältnisse Rücksicht zu nehmen haben. (Beifall.) — Abg. **Hieber** (natl.) hält es ebenso wie der Vorredner für erwägenswert, durch Beschränkung der Zahl der Sitzungen auf drei oder vier in der Woche einen stärkeren Besuch der Sitzungen zu erzielen. Ein großer Teil der Einwände Singers

Frische und sterilisierte **Kinder-Milch** (Trocken-Fütterung)
Molkerei-Institut „Neustadt" R. Winkler, Leipziger Str. 74, Tel. 1, nur Zwickauer Str. 74